

**Antworten auf die Wahlprüfsteine vom Bündnis
Eine Welt Schleswig-Holstein e.V. anlässlich
der Europawahl 2019**



1. Erkennen Sie die Relevanz der Umsetzung der Sustainable Development Goals/UN-Nachhaltigkeitsziele (SDG) durch die EU-Mitgliedsstaaten und die EU für die kommende Legislaturperiode (2019-2024) an und wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass diese konkret in den verschiedenen Ressorts der Europäischen Union umgesetzt werden?

Ja

2. Im Sinne der Politikkohärenz sollte es eine europäische Nachhaltigkeitsstrategie geben, die die Umsetzung der SDG in allen Politikbereichen als Querschnittsthema beachtet. Ist eine solche Strategie für die EU geplant? Wenn nicht, setzen Sie sich für die Erstellung einer solchen Strategie ein?

Ja

1 und 2 zusammen beantwortet

Die 17 Nachhaltigkeitsziele in Deutschland, Europa und weltweit zu erreichen hat für uns oberste Priorität. Da nur bis zum Zieljahr 2030 noch etwas mehr als zehn Jahre bleiben, fordern wir dringend eine ambitionierte und EU-weit koordinierte Umsetzungsstrategie. Die Prioritätensetzung der EU in der nächsten Legislaturperiode und der gesamte EU-Haushalt muss an den SDGs und ihren Unterzielen ausgerichtet werden. Wir wollen einen verpflichtenden Nachhaltigkeitscheck für alle Haushaltlinien, Initiativen und Gesetze. Nachhaltige Entwicklung gelingt nur dann, wenn wir soziale, ökologische und wirtschaftliche Kriterien zusammendenken - und dabei konsequent über unseren eigenen Tellerrand hinausblicken.

3. Nicht nur Staaten der Europäischen Union haben mit einer Überschuldung zu kämpfen. Befürworten Sie daher das von verschiedenen europäischen Institutionen, nach der Griechenland-Krise ins Gespräch gebrachte Staateninsolvenzverfahren? Wenn ja, innerhalb der Eurozone oder weltweit?

Ja

Wir wollen die Arbeit an einem fairen und transparenten Staateninsolvenzverfahren unterstützen. Die Initiative in den Vereinten Nationen zur Schaffung eines fairen und transparenten Entschuldungsverfahrens, eingebracht von den Staaten des Globalen Südens – durch die Gruppe der 77 und China in den Vereinten Nationen, wurde von der Generalversammlung mit großer Mehrheit angenommen. Es war falsch, dass der damalige Bundesfinanzminister Schäuble seinen Beamt*innen verbot, daran mitzuarbeiten. Deutschland sollte sich einem solchen Prozess nicht verweigern. Gerade die Bundesrepublik, die vor 60 Jahren mit dem Londoner Schuldenabkommen selbst in den Genuss eines fairen Verfahrens zur nachhaltigen Reduzierung ihrer Schuldenlast gekommen ist, sollte dabei eine Vorreiterrolle einnehmen. Staateninsolvenzen nehmen global eher zu als ab. Die niedrigen Zinsen laden viele Länder weltweit zu weiterer Verschuldung ein. Gute Regierungsführung nimmt nicht im gleichen Maße zu wie die Verfügbarkeit billigen Geldes. Daher wird eine nächste Schuldenkrise im Globalen Süden wahrscheinlicher. Es ist wichtig, darauf besser vorbereitet zu sein als bei den letzten Schuldenkrisen.

Die Finanzkrise hat uns in der Eurozone vor Augen geführt, dass die Schwächsten der Gesellschaft - diejenigen, die sie am wenigsten verursacht haben - oft in einer solchen Krise am meisten leiden.

Deshalb ist es dringend nötig, zu einer gerechteren Schuldenpolitik zu kommen. Im Globalen Süden muss es dafür zu einem fairen und offenen Ausgleich zwischen Schuldnern und allen Gläubigern kommen, statt einem reinen Diktat der Kreditgeber. In Ländern, die ein Insolvenzverfahren durchlaufen, muss das menschenwürdige „Existenzminimum“ der Schwächsten in der Bevölkerung geschützt sein. Im Globalen Süden könnte ein transparentes Entschuldungsverfahren vielen Ländern helfen, objektiv mit dem Problem illegitimer Schulden umzugehen. Illegitim sind besonders solche Schulden, die durch unverantwortliche Kreditvergabe westlicher Geber an frühere kleptokratische Regime entstanden sind.

Hohe Staatsschulden sind, ebenso wie steigende Zinslasten und unverantwortliche Regierungspolitik, auch in der Eurozone ein großes Risiko für die Stabilität unserer Währung. Alle Euroländer brauchen daher verlässlichen Zugang zu niedrigen Zinsen und starke Anreize zu soliden Staatsfinanzen. Der Konflikt zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission hat gezeigt, wie hoch das Risiko durch einseitige nationale Finanzpolitik einzelner Länder für den Euro insgesamt ist. Daher wollen wir, ähnlich wie ursprünglich vom Sachverständigenrat vorgeschlagen, einen Altschuldentilgungsfonds einrichten, in den die Altschulden eines Landes eingebracht werden, die 60 Prozent des BIP übersteigen. Wer sich an die gemeinsam vereinbarten europäischen Finanzregeln hält, soll im Gegenzug von niedrigen Zinsen für die Abzahlung der Schulden im Altschuldentilgungsfonds profitieren. So vereinen wir europäische Solidarität und Solidität.

4. Die Einkaufsmacht öffentlicher Stellen kann zur Durchsetzung von nachhaltige Produktionsformen und der Einhaltung von Sozialstandards weltweit beitragen. Wird sich ihre Partei dafür einsetzen, dass bei Ausschreibungen von EU-eigenen Einrichtungen die nachweisliche Einhaltung von Menschenrechten entlang globaler Lieferketten verbindliche gefordert wird, und der Einkauf fair gehandelter Produkte bevorzugt wird?

Ja

Was die öffentliche Hand in den EU Ländern in Auftrag gibt oder selbst konsumiert, darf anderswo nicht zu Krieg und Ausbeutung beitragen. Dazu müssen die Lieferketten besser kontrollierbar sein. Deshalb wollen wir transparente Lieferketten mit sozialen und ökologischen Mindeststandards durch entsprechende Offenlegungs- und Sorgfaltspflichten erreichen.

5. Um das globale Ziel der Überwindung von Hunger und Unterernährung weltweit zu erreichen, bedarf es eines Paradigmenwechsels in der Landwirtschafts- und Klimapolitik. Klimaschutzmaßnahmen müssen ergriffen, finanziert und die Landwirtschaft nachhaltig angepasst werden. Wird sich Ihre Partei auf europäischer Ebene für eine Förderung von umweltschonender und sozial- nachhaltiger Landwirtschaft einsetzen?

Ja

Wir GRÜNE setzen uns für eine umweltschonendere und sozial-nachhaltigere Landwirtschaft in Europa ein. Wir streiten für die konsequente Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik, die auf den eigenen heimischen Markt ausgerichtet ist und fordern, dass zukünftig alle Zahlungen an die Landwirtschaft an hohe Standards zu Umwelt-, Klima- und Tierschutz sowie Sozialstandards gebunden werden. Wir setzen uns für eine vielfältige Agrarstruktur mit lebendigen ländlichen Räumen und zukunftsfesten Betrieben ein. Dazu gehört, dass Landwirt*innen faire Preise aus einer nachhaltigen Erzeugung erzielen.

Wir wollen eine Agrarpolitik im Sinne der Sustainable Development Goals. Die immensen Importe, z.B. von Sojafuttermitteln, wollen wir abbauen und den heimischen Anbau durch die Förderung des heimischen Eiweißpflanzenanbaus stärken.

Eine nachhaltige Landwirtschaft kann über die Qualifizierung des Marktzugangs erfolgen. Marktzugangsabgaben sind dann zu entrichten, wenn ein definierter Nachhaltigkeitsstandard nicht erfüllt wird. Diese Abgaben sollten im Drittland genutzt und in Nachhaltigkeitsmaßnahmen investiert werden.

6. Der Bildung wird innerhalb der Diskussion über Zukunft und Zukunftsfähigkeit von Gesellschaften eine zentrale Rolle zugewiesen. Gemeinhin werden hier das Konzept und der

Begriff Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) bemüht. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dieses Konzept auch auf europäischer Ebene zu implementieren und umzusetzen? (Bspw. als Kriterium bei der Vergabe von Fördermitteln in europäischen Schulwettbewerben o.ä.)

Ja

Wir GRÜNE setzen uns seit Jahren für eine stärkere Berücksichtigung von Nachhaltigkeit als Kriterium für die Auswahl von geförderten Kulturprojekten ein und unterstützen das Konzept Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE). Im neuen Erasmus-Programm konnten wir den Begriff leider nicht platzieren. Allerdings fordern wir eine massive Erhöhung der Ausgaben für das LIFE+ Programm, zu dessen Zielen unter anderem die Einbeziehung von Umwelt- und Klimazielen in andere Politiken und Praktiken sowie die stärkere Einbindung von zivilgesellschaftlichen und lokalen Akteuren zählen.

7. Der Zivilgesellschaft wird gemeinhin eine besondere Rolle bei der allseits benannten „großen Transformation“ und Umsetzung der 17 globalen Nachhaltigkeitszielen (SDG) zugeordnet. Engagement braucht aber Strukturen. Sieht Ihre Partei Strategien und Instrumente vor, die die Zivilgesellschaft auf europäischer Ebene stärken?

Ja

Wir GRÜNE kämpfen für den Schutz von Demokratie und treten den Einschränkungen zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume ("shrinking space") entschlossen entgegen. Deshalb lehnten wir nicht nur in der laufenden Legislaturperiode eine Reform ab, die finanzielle Unterstützung der EU auf führungstreue Nichtregierungsorganisationen beschränken wollte, sondern erkämpften eine neues Förderprogramm, das genau das Gegenteil ermöglicht. Mithilfe des neuen „Europäische-Werte-Instruments“ werden in Zukunft europäische NGOs, die unter widrigen Umständen zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit arbeiten, direkt von der EU unterstützt. Fast 1 Milliarde EUR stehen bereit und kleineren Organisationen wird die Antragsstellung erleichtert.

8. Die EU unterhält Beziehungen und Partnerschaften in die verschiedenen Regionen der Welt. Da- runter auch Länder, die laut der OECD als weniger entwickelte Länder im Vergleich der Staatengemeinschaft gelten (s. DAC-Liste, OECD). Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass diese Partnerschaften unter den Aspekten der gleichberechtigten Partnerschaftsarbeit geführt werden?

Ja

Wir wollen eine Wende in den Beziehungen zu diesen Ländern, insbesondere auf unserem Nachbarkontinent Afrika. Die Partnerländer müssen ihren Weg einer nachhaltigen Entwicklung selbst bestimmen können und die Rolle der EU sollte sein, sie dabei zu unterstützen. Bei der Partnerschaft auf Augenhöhe spielen für uns die Stärkung von Organisationen wie der Afrikanischen Union, aber auch zivilgesellschaftlicher Akteure eine wichtige Rolle. Statt solch einer Partnerschaft auf Augenhöhe setzt die EU zurzeit aber auf Migrationskontrolle, unfairen Handel und inkohärente Agrar-, Fischerei-, und Ressourcenpolitik. Statt Probleme gemeinsam zu lösen, verschärft sie die Situation derjenigen, die am meisten unter Armut und globaler Ungerechtigkeit leiden.

9. Internationale Handelsabkommen und Handelsabkommen der EU sind im Sinne globaler Gerechtigkeit und unter Berücksichtigung der UN-Nachhaltigkeitsziele zu konzipieren. Verhandlungen über derlei Abkommen sind transparent zu führen. Wird sich Ihre Partei auf EU-Ebene für entsprechende Maßnahmen einsetzen?

Ja

Handelsabkommen müssen demokratisch und transparent zustande kommen. Das Europaparlament muss über das Mandat mitbestimmen und mehr Verhandlungsdokumente sollen öffentlich sein. Wir lehnen einseitige Gerichte und Sonderklagerechte für private Investoren ab. Handelsabkommen müssen Umwelt- und Klimaschutz, Menschenrechte, Entwicklung und soziale Gerechtigkeit

voranbringen, indem sie das Vorsorgeprinzip festschreiben, die kommunale Daseinsvorsorge ausreichend schützen, den Pariser Klimavertrag als wesentlichen Bestandteil verankern und die parlamentarische Mitentscheidung bei der sogenannten regulatorischen Kooperation garantieren.

10. Der Vertrag von Lissabon sieht von Haushaltsausgaben für militärische oder verteidigungspolitische Zwecke (Artikel 41 Absatz 2) ab. Eine nachhaltige und friedliche Entwicklung kann nur unter konsequenter Umsetzung dieses Artikels ermöglicht werden. Wird Ihre Partei Strategien friedlicher Konfliktbearbeitung stärken und sich gegen die Bereitstellung militärischer Mittel der EU in Drittstaaten einsetzen?

Ja

Wir haben, was Sie fordern, bereits in den Verhandlungen um EDIDP (European Defense Industry Development Programme) und EDF (European Defense Fund) getan. Wir waren dabei allerdings in der Minderheit. Wir werden dieser Linie treu bleiben. Zudem werden wir weiterhin dafür kämpfen, dass das Engagement der EU für Konfliktvermeidung, Moderation und zivile Konfliktbearbeitung, auf das sie stolz sein kann, nicht reduziert wird, wie es derzeit in den Haushaltsplanungen vorgesehen ist.